

VON ANDREAS WINDLINGER

Initiative verstösst gegen Recht

Tierschützer wollen den Import von Schächtfleisch verbieten – jüdische Organisationen sind entsetzt

BERN → Die Volksinitiative, mit welcher der Schweizer Tierschutz (STS) den Import von Schächtfleisch verbieten will, verstösst gegen internationales Handelsrecht.

Das geforderte Importverbot widerspreche dem Recht der Welthandelsorganisation WTO, sagt Urs-Peter Müller vom Rechtsdienst des Bundesamtes für Veterinärwesen (BVet). «Gemäss WTO-Recht darf ein Staat ein Einfuhrverbot nur dann erlassen, wenn das betroffene Gut im Einfuhrland eine Gefahr für Mensch, Tier oder Umwelt darstellt. Das ist bei Schächtfleisch nicht der Fall.»

Gleicher Meinung ist man am Institut für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht der Uni Bern. Der entsprechende Absatz des Initiativtextes sei «nicht WTO-kompatibel», sagt Teresa Zehnder, wissenschaftliche Assistentin des Instituts. Der Fall sei vergleichbar mit dem «Shrimps and Turtle»-Fall: Die USA hatten in den Neunzigerjahren erfolglos versucht, den Import von Crevetten aus Asien zu verbieten, bei deren Fang auch Schildkröten zu Tode kommen.

Trotzdem könnte die STS-Initiative – falls sie mit 100 000 gültigen Unterschriften zu Stande kommt – dem Stimmvolk vorgelegt werden. Das Parlament kann zwar Volksinitiativen, die gegen «zwin-

gende Bestimmungen des Völkerrechts» verstossen, für ungültig erklären. Bisher haben Bundesrat und Parlament WTO-Recht aber nicht zu diesen zwingenden Bestimmungen gezählt. «Deshalb ist es unsicher, ob das Parlament eine Initiative, die gegen WTO-Recht verstösst, für ungültig erklären würde», sagt Hans-Urs Wili von der Bundeskanzlei, welche bei Volksinitiativen vor der Lancierung nur eine formelle Vorprüfung durchführt. Die politischen Chancen der Initiative dürften aber deutlich schwinden. «Der Verstoß gegen WTO-Recht wäre ein Argument, Nein zu stimmen», sagt Wili, «denn die Schweiz würde sich bei einer Annahme gegenüber anderen Staaten schadenersatzpflichtig machen.»

Der STS relativiert den umstrittenen Passus der Initiative

Der STS-Vorstoss für ein Importverbot stösst noch aus anderen Gründen auf Kritik. Bei den schweizerischen Juden hat die Initiative helles Entsetzen ausgelöst. Wenn auch noch der Import verboten würde, könnten sie sich überhaupt nicht mehr mit Schächtfleisch versorgen.

«Das ist ein direkter Angriff auf die pluralistische Gesellschaft und zielt auf den Kern der Religionsfreiheit», sagt Thomas Lyssy, Vizepräsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG). Der SIG sah sich bereits vor der Lancierung der STS-Initiative in einer heiklen Lage: Die von ihm begrüßte und vom Bundesrat vorgeschlagene Abschaffung des Schächtverbots in der Schweiz ist in der Vernehmlassung auf ein vernichtendes Echo gestossen – 23 der 26 Kantone wollen am Verbot festhalten.

Für eine Ausweitung des Schächtfleisch-Verbots auf den Import ist allerdings kaum eine ähnlich klare Mehrheit zu finden. «Merken die STS-Tierfreunde nicht, in welche üble rassistische Ecke sie hier abdriften», fragte der «Blick» nach der Lancierung der Initiative.

Beim STS ist man über die Reaktionen ziemlich erschrocken. Die entsprechenden Abschnitte des Initiativtextes seien «nur eine allgemeine Handlungsanweisung an Bundesrat und Parlament und nicht unmittelbar anwendbares Recht», relativiert STS-Juristin Brigitta Rebsamen: «Selbstverständlich müssen Parlament und Bundesrat bei der Umsetzung WTO-Recht und bilaterale Verträge berücksichtigen.»

Rassistische Töne statt Argumente im Internet

Im grössten Schweizer Chatportal Swisstalk war die Hemmschwelle für braunes Gedankengut diese Woche so tief wie noch nie – Auslöser waren die Diskussionen um das Schächtverbot. Nach Hinweisen der Organisation Aktion Kinder des Holocaust (AKdH) löschte Swisstalk am Freitag diverse antisemi-

tische Sprüche im Chat. Gegen einen gewissen Dijital reichte die AKdH beim Dienst für Analyse und Prävention (DAB) Strafanzeige wegen Verstosses gegen das Antirassismusetz ein. Swisstalk will laut Sprecherin Mina Dello Buono in den kommenden Tagen die Beiträge vermehrt beobachten und

«rassistische Fehlritte» löschen. Gemäss Dello Buono plant Swisstalk den Einsatz eines Programms, das bestimmte Stichworte sperrt. Derweil vertraut das Chatportal auf die Selbstkontrolle der Teilnehmer und weist diese darauf hin, dass sie mitnichten anonym chatten.

Daniela Palumbo